



Wer den Landtagsparteien einen Denkkzettel verpassen will, muß DKP wählen!

Die Kommunalwahlen am 22. März lassen allerorts die Frage aufkommen, wie der erfolgreiche Bürgerprotest gegen die Startbahn/West wirksam auch bei den Wahlen zum Ausdruck kommen kann.

Die Parteien SPD, FDP und CDU leiden unter der „doppelten Moral“ ihrer unterschiedlichen Parteigremien.

Vor Ort sind alle ordentliche Startbahngegner — sie dürfen es sogar bleiben, ohne groß den Zorn ihrer Wiesbadener Parteifreunde auf sich zu ziehen. Schließlich, so denkt man in den Parteizentralen, werden so die örtlichen Vertreter der Parteien helfen, vor Ort wählbar zu bleiben.

Diese Strategie wird ihre Wirkung nicht verfehlen. So mancher Mörfelden-Walldorfer, der über Börner, Karry und Wallmann wütend ist, weiß seinen Brehl, Peetz und Preißler zu schätzen. Gleichzeitig wurde auf der Wooge der

Startbahngegnerschaft in aller Eile ein Ortsverband der „Grünen“ „etabliert“. Diese Gründung aber auch die mögliche Bildung „alternativer“ Listen verfolgen das Ziel, möglichst viel von dieser Bewegung zu übernehmen.

Diese Absicht ist in Mörfelden-Walldorf schon deshalb problematisch, weil es hier seit Jahrzehnten eine aktive, an Arbeiterinteressen orientierte kommunistische Partei gibt, die feste außerparlamentarische und parlamentarische Positionen hat und im praktischen Kampf beweist, daß der Kampf gegen die Umweltverbrechen fester Bestandteil ihrer Politik ist.

Die DKP hat einige Positionen in der Bundesrepublik erkämpft. Sie verfügt über zahlreiche kommunale Mandate. Wer als Linke den Anspruch erhebt, dem gemeinsamen Interesse der demokratischen Öffentlichkeit zu dienen, und das versichern die Grünen, kann

nicht gleichzeitig dafür sein, daß die DKP ihre Positionen in einer anderen Gruppierung auflöst. Die DKP hat eine klare Orientierung, die von allen Vorstandsebenen einmütig gebilligt ist. Ob die DKP stark oder schwach ist, ob sie mit guten Ergebnissen aus der Kommunalwahl herauskommt oder nicht, ist von erheblichem Gewicht für die Kraft und das Durchsetzungsvermögen aller demokratischen Kräfte. Börner, Karry und Wallmann sind nur wirklich ernsthaft zu treffen, wenn die DKP auch bei den Wahlen am 22. März gestärkt wird.

Wenn die „Grünen“ und andere oppositionelle Kräfte über Wahlentscheidungen diskutieren, dann müßten sie diese Position an einem Ort mit so alter kämpferischer Arbeitertradition und einer aktiven DKP eigentlich selbst einnehmen und hier ihre Anhänger aufordern, der DKP die Stimme zu geben.

DKP-Arbeiterkonzert war ein großer Erfolg

Fast 900 begeisterte Besucher waren in der Walldorfer Stadthalle beim Arbeiterkonzert der DKP. In der Presse wurde über dieses künstlerische Großereignis nur spärlich berichtet, die Stadtoffiziellen fanden es auch nicht für nötig, das berühmte Leipziger Symphonie-Orchester zu begrüßen, aber die Konzert-Besucher kamen voll auf ihre Kosten. Rudi Hechler hielt die Begrüßungsansprache; er sagte u.a.:

„DKP-Arbeiterkonzerte haben in Hessen schon Tradition. Wir wollen damit die arbeitenden Menschen ansprechen, die man meist nicht in den Konzertsälen sieht. Die Arbeiter und Angestellten, die Jugend und auch die Rentner — die ein Leben lang hart gearbeitet haben.

Es ist das sechste Arbeiterkonzert der DKP in Hessen, zum zweiten Mal sind wir in Walldorf. Zum ersten Mal spüren wir in einer Konzertstadt etwas, was alle Bürger ergreift, was Menschen verbindet; die Angst vor der Zerstörung der Heimat.

Wir erlebten in den letzten Wochen, wie sich Alte und Junge vor die Bäume stellten, wie über alle Parteien hinweg Solidarität entstand. Wir erlebten, wie bei den Bürgern Illusionen schwanden über die Rolle dieses Staates, die Justiz, dieser Landtagsparteien.

Wir erlebten Lernprozesse.

Neue Einsichten wuchsen, die in dem vielgedruckten Vierzeiler deutlich wurden:

„Wer sieht die Startbahn gerne?
Die Banken und Konzerne!
Wer hat die Startbahn satt?
Die Bürger unserer Stadt!“

Die alles erfassende Bürgerbewegung in dieser Region, in der auch die Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei einen bedeutenden Anteil leisten, hat Ursachen. Nur wir, die Menschen, die hier wohnen und die morgen noch hier wohnen wollen, können letztlich dieses geplante historische Umweltverbrechen verhindern. Aber vergessen wir dabei nicht, alles behält nur seinen Sinn, wenn es uns gelingt, den Frieden zu erhalten, wenn es gelingt, ein neues, tödliches Wettrüsten zu vereiteln. Krieg würde mehr zerstören als unseren Wald, deshalb muß der Einsatz, der aktive Kampf für Frieden über allem stehen. Wir wissen seit langem, die Startbahn/West wird nicht nur in Konzerttagen gefordert, darüber wird auch im NATO-Generalstab diskutiert und der Kampf gegen diese Startbahn ist auch Friedenskampf.

Der Frieden ist die Voraussetzung für unser Leben, für das Leben unserer Kinder. Es gibt heute keine Alternative zur friedlichen Koexistenz, es gibt keine Alternative zur Entspannung.

Deshalb müssen wir klar und deutlich feststellen, der NATO-Raketenbeschluß vom 12. Dezember 1979 ist eine verhängnisvolle Fehlentscheidung, er darf nie verwirklicht werden.

Unser Land darf nicht Wegbereiter eines neuen nuklearen Wettrüstens werden, wir wollen nicht Waffenplattform der USA werden, von unserem Land darf kein Krieg, von unserem Land müssen Friedensinitiativen ausgehen! Politik der Entspannung, das heißt für uns auch, normale gleichberechtigte Beziehungen zur DDR herzustellen. Wenn wir in dieser Woche den Bundeskanzler gehört haben, wie er in der Regierungserklärung gleich mehrmals „im Namen aller Deutschen“ sprach — so kann man nur sa-

gen, dies ist eine Anmaßung, die nicht zur Entspannung beiträgt. So wie wir beim Kampf um unseren Wald Hintergründe nennen, so muß man auch beim Kampf für Frieden und Entspannung die Wahrheit ansprechen. Den Menschen, die gleichberechtigte Beziehungen zur DDR wollen, stehen starke Kräfte entgegen. Kräfte, die sich nicht damit abfinden können, daß die kapitalistischen Chemiekonzerne in Leuna ausgespielt haben, Kräfte, die an der Spannung, an Rüstung verdienen, Kräfte, die Angst haben um ihre Profite. Sie haben Geld, sie kaufen Menschen und Meinungen, sie produzieren auch solche Geschichten, wie einen angeblichen Kulturboykott der DDR. Wir, die wir die Leipziger Künstler auf unserer Bühne mit eigenen Augen sehen, können diese Machenschaften heute ein wenig besser beurteilen.

Wir wollen keinen Weg zurück in den Kalten Krieg.

In diesem Sinne betrachten wir auch dieses Konzert. Ein Beitrag zur Festlegung gleichberechtigter Beziehungen zwischen der DDR und unserem Land. Ein Beitrag zu Entspannung und Frieden. Wir wünschen allen Besuchern dieses Konzertes ein unterhaltendes Erlebnis.“

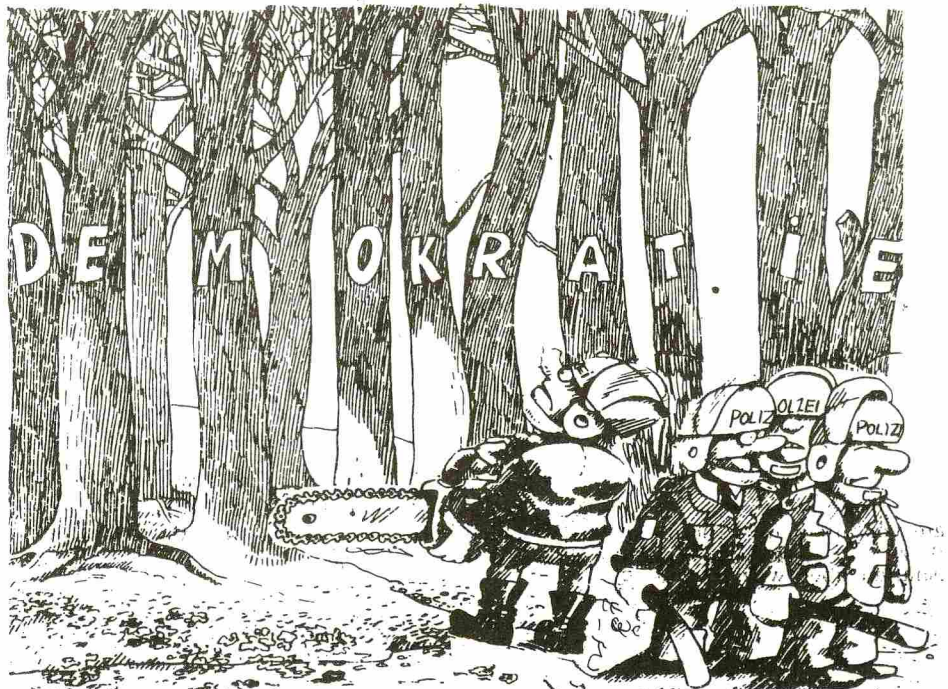
Die DKP hat der Bürgerinitiative gegen Flughafenerweiterung mittlerweile 500 DM aus dem Konzerterlös übergeben. Weitere geplante kulturelle Großveranstaltungen der DKP werden ebenfalls im Zeichen der Solidarität mit den Bürgerinitiativen stehen. So ist es mittlerweile gelungen, die bekannte Gruppe „Zupfgeigenhansel“ für den 23. Januar ins Bürgerhaus zu verpflichten.

Sie kannten den eigenen Wald nicht

Die Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung sammelte Unterschriften in Flörsheim gegen den beabsichtigten Waldverkauf der Stadt Flörsheim an die FAG! Die Unterschriften sollen der Stadtverordnetenversammlung in Flörsheim überreicht werden. Dies als Zeichen des Protestes gegen die CDU-Parlamentsmehrheit, die den Wald verkaufen will.

Die beiden zurückgetretenen DKP-Stadtverordneten Heinz Hechler und Rudolf Dötsch waren in Flörsheim, um Stadtverordnete, insbesondere der CDU, aufzusuchen und ihnen die Argumente der Bürgerinitiative nochmals darzulegen.

Erstaunen erregte die Feststellung, daß sich mancher der Angesprochenen noch nicht ausreichend über den Vertrag des Waldverkaufs informiert hatte, daß manche den betroffenen Wald und die nähere Umgebung des Flughafens auf der bedrohten Seite noch nicht gesehen hatte. Das Argument, daß man dem Gemeinwohl verpflichtet sei, daß man durch den Verkauf mehr und vor allem früher Geld für den Stadtsäckel bekomme als bei einer Enteignung, zeigt natürlich auch die Not einer mit 35 Mill. Mark verschuldeten Stadt, die den Judaslohn nehmen will und damit die Abwehrfront gegen die Flughafenerweiterung schwächt. Da nützt auch alles fromme Gerede von Solidarität mit den Bürgern und den Ausbaugegnern nichts mehr. Was uns die Flörsheimer CDU da einbrockt, darf nicht vergessen werden.





Die Kette der Protestaktionen reißt nicht ab. — 18.000 Menschen auf den Rüsselsheimer Mainwiesen (unser Bild) und die Kundgebungen, die es vorher gab, weisen auf die Größe der Bedrohung und zeigen: die Bürger werden es nicht zulassen, daß die Startbahn/West gebaut wird.



Fotografieren wir halt die Fotografierer!

Bei der Großkundgebung gegen die Startbahn/West am 31. August 1980, konnte ich Beamte der Kriminalpolizei aus Rüsselsheim, die ich kenne, beobachten, wie sie Kundgebungsteilnehmer fotografierten.

Am 2.9.1980 schrieb ich deshalb an Innenminister Ekkehard Gries und fragte nach dem Auftraggeber, nach der Verwendung der Fotos und forderte die Vernichtung der Negative, damit sie nicht bei irgendwelchen Berufsverbotsprozessen wieder auftauchen.

Die Antwort des Innenministers liegt mittlerweile vor. Hier heißt es, Beamte eines Beweissicherungs- und Dokumentationstrupps beim Polizeipräsidenten in Frankfurt/Main hätten Lichtbilder zum Zwecke der Dokumentation und als Hilfsmittel für die Lagebeurteilung bei künftigen Veranstaltungen angefertigt. Die Aufnahmen würden Übersichten der Kundgebung und der Parksituation zeigen. Sie würden weder der Datenerfassung noch anderen polizeilichen Unterlagen zugeführt. Für eine Vernichtung sehe er keinen Anlaß. So weit der Innenminister.

Davon abgesehen, daß jeder selbst es glauben kann oder nicht, was der Innenminister über den Fotoauftrag schreibt, bleibt doch noch die Frage, für wen hat die Rüsselsheimer Kripo auf Frankfurter Gelände fotografiert?

Entweder weiß Gries nichts von diesem Einsatz, oder aber er sagt wissentlich die Unwahrheit. Wer die seitherige Polizei- und Verfassungsschutzpraxis

kennt, hat allen Anlaß, die Vernichtung der Fotografien zu fordern. Es bleibt eine Tatsache: fotografierende Polizeibeamte dienen der Einschüchterung und personellen Erfassung der Bürgerbewegung und sollen letztenendes zu deren Kriminalisierung beitragen.

Ich schlage vor, daß die Versammlungsbesucher künftig nicht vergessen, auch die fotografierende Polizei zu fotografieren.

Rudi Hechler



Solidarität im Wald. Frauen bringen Essen für die Bewohner unseres Wehrdorfes.

UNSER GASTKOMMENTAR :

Umweltverbrechen sind kein Zufall

Ich bin 50 Jahre alt. Als ich zwanzig war, badeten wir noch im Fluß. Nidda, Main und Rhein waren Quellen der Lebensfreude und Erholung. Schwimmen, paddeln, angeln – Millionen Menschen vergnügten sich am Fluß und ernährten sich von seinen Fischen.

Dieses seit Menschengedenken übliche Leben mit dem Fluß ist in den letzten 30 Jahren zerstört worden. Die Flüsse sind krank – vergiftet durch Industrieabwässer. Nicht nur im Winter fließen sie grau und schwer dahin.

Diese Gedanken gingen mir durch den Kopf, als wir am Sonntag, den 7. Dezember auf den Mainwiesen standen und gegen den Bau der Startbahn/West protestierten. Das letzte geschlossene Waldgebiet in der dichtbesiedelten Rhein-Main-Ballungszone ist in Gefahr. Die Flüsse sind schon lange krank. Soll auch der Wald sterben?

Die Bürger, die hier seit Monaten protestieren, hängen keinen sentimental Gefühlen nach. Sie spüren, daß der Wald ein wichtiger Teil des Lebens der Menschen ist. Wandern, radeln, spielen, atmen – Sauerstoff. Er ist nicht nur für den Wanderer wichtig. Vor allem die Großstädte, die oft unter riesigen Dunstglocken dahinleben, brauchen den Wald. Obwohl es nicht alle wahrhaben wollen: Flußvergiftung und Waldzerstörung haben eine gemeinsame Quelle.

Die am Profit orientierte Großindustrie benutzt die Natur. Sie beutet die Natur aus und steht ihr wie ein Eroberer gegenüber, dessen Ziel die Unterwerfung und Ausbeutung ist. Unter diesem Gesichtspunkt sind Flüsse billige Abwasserkanäle.

Der Wald ist den ehrgeizigen Plänen der Banken und Konzerne im Weg. Startbahnen – so hoffen sie – bringen Profit. Wald dagegen nicht. Hier in Mörfelden-Walldorf zeigt sich: Es wird in unserer Gesellschaft das gemacht, was Profit bringt und nicht das, was der Bürger braucht.

Es sei hier an ein ganz anderes Beispiel erinnert, das weit über das Rhein-Main-Gebiet hinaus bekannt ist. Mütter und Väter sind erschreckt über die Nachricht, daß Hormone (Östrogen) in der Säuglingsernährung gefunden wurden. Gift im Kalbfleisch! Auch die Hormone wurden den Kälbern gespritzt, weil es dem Profit dient. Die Kälber wuchsen

schneller, wurden größer, ergiebiger, brachten einen höheren Gewinn. Auch hier wurde auf Kosten der Zukunft der Kinder unverantwortlich gehandelt. Auch dieses Beispiel zeigt: Gemacht wird, was Profit bringt. Das Interesse der Bürger bleibt dabei auf der Strecke. Die Auswahl der bedrückenden Beispiele Flußvergiftung, Waldzerstörung, Lebensmittelverseuchung ist nicht willkürlich.

In allen drei Ereignissen spiegelt sich das gewissenlose Handeln der Kapitalbesitzer. Viele Menschen spüren heute, daß man dagegen aktiv handeln muß. Die Lebensinteressen der Bürger müssen gegen die Profitinteressen der großen Kapitalbesitzer verteidigt werden. Der Erfolg dieses Kampfes hängt unmittelbar damit zusammen, ob die Arbeiterbewegung und ihre Organisationen in unserer Gesellschaft Einfluß haben oder nicht, ob sie mitbestimmen oder gar bestimmen können. Um das zu erreichen, bedarf es noch vieler Kämpfe und Auseinandersetzungen. Die Gretchenfrage zur Abwehr aller Bedrohung lautet: Gelingt es, die profitsüchtigen Banken und Konzerne zurückzuweisen? Gelingt es, die Macht der Großindustrie zu brechen?

Nur vor dem Hintergrund der Macht des großen Kapitals erhalten die Umweltverbrechen ihren teuflischen Sinn. Sie sind kein Zufall. Sie sind das logische Ergebnis einer ausschließlich am Profit orientierten Produktion. Je schneller Bürgerbewegungen diese Dimension ihres Kampfes diskutieren, umso wirkungsvoller ist ihr Protest.

Ellen Weber

Was der arbeitende Mensch braucht

Das was die Arbeiterklasse und die mit ihr verbündeten Schichten brauchen, ist unter den Bedingungen der Klassengesellschaft entgegengesetzt dem, was die Monopolbourgeoisie braucht. Und alle Konflikte – ob im betrieblichen oder im kommunalen Bereich – können getrennt von ihrem Klassenzusammenhang weder beurteilt noch gelöst werden.

Der arbeitende Mensch braucht familien-gerechte, preisgünstige Wohnungen – die großen Geld- und Kapitalbesitzer aber brauchen günstige Anlagebedingungen für ihr Kapital, das sich im Bauwesen ebenso hoch verzinsen soll, wie in anderen Industriebereichen. Demzufolge strebt der Kapitalbesitzer zum Konzernpalast, zum Bürohochhaus, zum Bankgebäude.

Der arbeitende Mensch braucht eine gesunde Umwelt mit Grünflächen im Stadtgebiet und lärmgeschützten Wohnungen – die großen Geld- und Kapitalbesitzer aber brauchen Flughäfen in Zentrumsnähe, Stadtbau land für Industrieanlagen und Verwaltungskomplexe, Straßenführungen, die in Kaufhäusern enden, Warenhausgebäude auf allen historischen Universitätsplätzen (Fulda) oder in ehemaligen Parkanlagen (Erbach im Odenwald).

Der arbeitende Mensch braucht eine Bildung, die seiner vollen Persönlichkeitsentwicklung dient und ihm die Möglichkeit gibt, mehrere Berufsbilder zu beherrschen. Die großen Geld- und Kapitalbesitzer aber brauchen einen solchen Menschen nicht. Sie brauchen das Millionenheer ungelerner Frauen, die in Leichtlohngruppen arbeiten und sich mit der Rolle des „Zuverdieners“ abfinden. Sie brauchen mäßig gebildete Arbeiter, die mit dem Erwerb von Konsumgütern des individuellen Bedarfs ihr Lebensziel für erreicht halten. Der arbeitende Mensch braucht Sport- und Freizeiteinrichtungen und ein ausgebautes System der Gesundheitsvorsorge. Er braucht Maßnahmen, die ihm erlauben, gesund das Rentenalter zu erreichen.

Auch dieses brauchen die großen Geld- und Kapitalbesitzer nur für sich. Als gesellschaftliche Massenmaßnahmen zahlen sich Programme von solchem Ausmaß für die Monopolbourgeoisie nicht aus. Frühzeitiger Verschleiß (wie man bei dem Heer der älteren Angestellten sieht) erlaubt den Rückgriff auf leistungsfähige jüngere Kräfte, die der Kapitalverwertung besser nützlich zu machen sind.

Aus: „Kommunalpolitik Gegenwart und Perspektive.“ Frankfurt 1980, Verlag Marxistische Blätter

Balthasar Ehret, Fischermeister aus Weisweil, hielt einen Lichtbildvortrag im Mörfelder Bürgerhaus. DKP-Mitglied Balthasar Ehret war der legendäre Führer der ersten großen Anti-AKW-Bewegung der Bundesrepublik in Wyhl. Die Erfahrungen, die er vermitteln konnte, haben auch für die Bewegung gegen die Startbahn/West große Bedeutung.



Kapazitätsausweitung ohne Startbahn West

Die DKP stellt der Bevölkerung und den Arbeitern und Angestellten am Flughafen nachfolgend einige Gedanken vor, die eine Kapazitätserweiterung des Frankfurter Flughafens zur Folge hätten, ohne daß Wald fallen müßte:

- Die Verschiebung der parallelen Nord- und Südbahnen, in Verbindung mit der Einführung von Kategorie II (Cat II) bringen Kapazitätserhöhungen. (Diese Tatsache wurde vom Kasseler Gericht nicht berücksichtigt.)
- Die gleichzeitig abgebauten Schnellabrollwege (also die Straßen, die die Flugzeuge zum Verlassen der Start- und Landebahnen vorfinden) ermöglichen Flugkapazitäten und Fluglotsen, schneller und früher von der Landebahn abzurollen und damit für nachfolgende landende oder zwischendrin startende Flugzeuge zusätzliche Möglichkeiten.
- Die Zunahme von Großraumflugzeugen bringt schon ohne eine Zunahme von Starts und Landungen, jährlich erhebliche Steigerungen bei Fluggästen, Luftfracht und Post, und damit eine Steigerung der Kapazitäten.
- In Amerika wurde vor 3 Jahren das Phänomen „Wirbelschleppen“ entdeckt und sofort in der Bundesrepublik der gesetzlich vorgeschriebene Abstand zwischen zwei Flugzeugen erhöht — spricht der Eckwert für Frankfurt von 55 auf 48 gesenkt. Bei einer Zunahme von Großraumflugzeugen reduziert sich das Problem der Wirbelschleppen, d.h. der Eckwert könnte wieder langsam angehoben werden — also Kapazitätserweiterung.
- Eine bessere technische Ausstattung der Arbeitsplätze der Fluglotsen und mehr Personal bei den Fluglotsen, damit dort kürzere Arbeitszeiten vor den Radarschirmen und am Sprechfunk möglich werden, könnte ebenfalls die Kapazität von Frankfurt Rhein-Main erhöhen.
- Unrentablen kleinen innerdeutschen Fluglinien, die jährlich mit Millionen subventioniert werden (z.B. DLT Hof/Bayreuth — Frankfurt mit rund 200 DM

pro Passagier) sollten die Subventionen gestrichen werden bei gleichzeitigem Ausbau des Bundesbahnnetzes. Diese Fluggesellschaften fliegen Frankfurt mit 6 bis 10 Passagieren, im Durchschnitt, größtenteils in den kritischen Spitzenstunden an. Ihr Wegfall würde für den Flughafen ebenfalls eine Kapazitätserweiterung bedeuten, da stattdessen dann andere Linien angenommen werden könnten.

- Die Deutsche Lufthansa hat durch verschiedene Vorstandsmitglieder schon verlauten lassen, daß ihre innerdeutschen Fluglinien von weniger als 250 km defizitär sind. Bei einer vernünftigen Verkehrspolitik des Bundes (die es heute nicht gibt, da sich selbst staatliche Einrichtungen gegenseitig Konkurrenz machen) könnten diese Fluglinien nach und nach eingestellt und durch entsprechende Angebote der Bundesbahn aufgefangen werden. Bei einem kombinierten „Flugticket für Bahn und Flug“ könnte man die Bahnfahrt den Flugpassagieren sogar finanziell attraktiv machen.
- Der gesamte Kleinflugzeug-Verkehr (General-Aviation bis 5,7 t) kann, wenn man will, von Frankfurt weg bzw. total aus den Spitzenzeiten herausgenommen werden. Auch technische Lösungen, die bisher überhaupt noch nicht diskutiert werden, wären auf Rhein-Main denkbar, wenn man bedenkt, daß für Kleinflugzeuge Pisten von 600 bis 1200 m ausreichen.
- Könnte die Air-Base (militärischer Teil des Frankfurter Flughafens) zivil genutzt werden, so wären durch eine Aufteilung des Luftverkehrs auf dem Nord- und Südteil durch eine geringere Anzahl von Kreuzungen zwischen den Start- und Landebahnen auch Kapazitätserweiterungen des Start- und Landebahn-Systems denkbar. Der Wegfall militärischer Flüge wäre natürlich auch noch ein Pluspunkt. (Ein Grund mehr für Frieden und Entspannung einzutreten.)

Darüber hinaus gibt es Dinge, die sich in Frankfurt auf die Flugzeugbewegungen negativ auswirken, egal ob die Startbahn/West gebaut wird oder nicht:

Zum Beispiel will die Deutsche Lufthansa, wenn München II fertig ist, auf jeden Fall mit einem Teil ihrer Flotte nach München. Zum Beispiel legen amerikanische Luftverkehrsgesellschaften auf der Nord-Atlantik-Route teilweise Flüge zusammen bzw. stellen Flüge ein, wegen der gestiegenen Kerosin-Preise. Diese Rationalisierungen bringen für Frankfurt mehr Passagiere, Fracht und Post trotz weniger Flüge. Solche Verluste bedeuten aber auch gleichzeitig neue freie Kapazitäten für nachdrängende Luftverkehrsgesellschaften, die von der Drehscheibe Rhein-Main angezogen werden.

Alles in allem gibt es für den Flughafen eine Fülle von Möglichkeiten, die Kapazität auch ohne die Startbahn/West zu erhöhen, einige, aber wirklich nur einige, haben wir vorstehend formuliert.

Karl-Heinz Hechler

Bedrohte Heimat



Noch ist der „blickpunkt“-Kalender 1980 bei den Mörfelder Buchhandlungen und den Mitgliedern der DKP für DM 6,- erhältlich.

Alle Kalender, die wir vorher herausgaben, hatten einen historischen Inhalt. In diesem Jahr sind wir davon abgegangen.

Zu groß ist die Bedrohung, die vor uns steht. Zu groß sind die Gefahren für die Gesundheit der Menschen, die hier leben und deren Kinder morgen noch hier leben sollen.

Deshalb gibt es im diesjährigen „blickpunkt“-Kalender Fotos unserer Heimat. Bilder einer gefährdeten Landschaft.

Erstmals haben wir auch auf der Rückseite der Kalenderblätter Fotos. Aufnahmen, die den Kampf der Bevölkerung gegen die Startbahn/West-Pläne dokumentieren.

VORANZEIGE

Der DKP-Mörfelden-Walldorf ist es gelungen, die bekannteste deutsche Folkloregruppe „Zupfgeigenhansel“ für den 23. Januar 1981 zu verpflichten. Durch sie wurden viele alte Volkslieder den Bürgern unseres Landes wieder nahegebracht. Mit einem neuen erweiterten Ensemble werden sie im Bürgerhaus Mörfelden zeitgenössische, jiddische und deutsche Volkslieder vortragen.



Den arbeitenden Menschen greift man in die Tasche

Temperaturstürze kennzeichnen die letzten Wochen; nicht nur beim Wetter. Die wirtschaftliche Entwicklung zeigt nach unten. Die Produktion sinkt, die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Die Unternehmer bereiten lautstark die nächste Lohnrunde vor. Mit der Formel: Höchstens Produktivitätsausgleich – kein Preisausgleich. Also Reallohnabbau! Derweil veröffentlicht die Bundesregierung ihr Sparprogramm mit weitreichenden Folgen für die arbeitende Bevölkerung. Der Vorstoß der Unternehmer kommt nicht überraschend. Kaum ist die Bundestagswahl gelaufen und ihr Favorit Strauß abgeschlagen, da setzen sie ihre Angriffe gegen die Gewerkschaften und auf den sozialen Besitzstand fort. Der Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall und seine Freunde verkünden ihre Tabus fürs nächste Jahr: Tarifierhöhungen von höchstens drei Prozent (bei wahrscheinlich 5% igen Preissteigerungen!), keine Arbeitszeitverkürzungen.

Die Ideologen geben Flankenschutz. „Dieses Land muß Abschied nehmen vom Wohl-

fahrtsdenken und vom Wohlfahrtsstaat“, empfiehlt die FAZ. „Bescheidenheit“ sei daher notwendig. Die Unternehmer müßten „die Investitionskraft zurückgewinnen“ (wann ist die verlorengegangen?). Früher hatte man gesagt, „die Pferde müssen wieder saufen“ oder „die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen...“. Sprüche, die sich als hohl erwiesen. Nicht genug damit. Auch der Präsident der Bundesbank, der Sparkassenpräsident, die „fünf Weisen aus dem Abendland“ und viele andere meinen, den Gewerkschaften Zurückhaltung empfehlen zu müssen. Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff strebt auch weiterhin die Konzertierte Aktion an, um die Gewerkschaften zu gängeln.

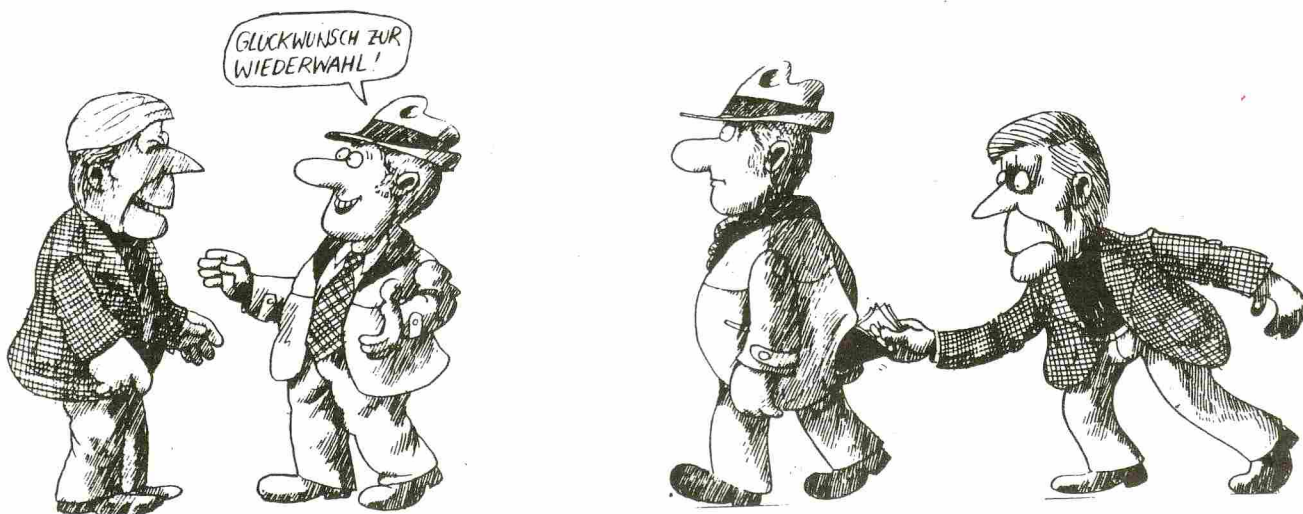
Wir stehen am Anfang einer wirtschaftlichen Entwicklung mit „Nullwachstum“ und mehr als einer Million Arbeitslosen. Die Vergangenheit hat gezeigt: Subventionierung durch Lohnverzicht schafft keinen einzigen Arbeitsplatz. Weder sind Gewinne gleichbedeutend mit Investitionen, noch führen Investitionen notwendig zu neuen Arbeits-

plätzen. Umgekehrt wird ein Absinken des Realeinkommens die Krise nur verschärfen. Geht die inländische Kaufkraft zurück, so muß auch die Produktion zurückgehen. Gleichzeitig sorgt die Bundesregierung durch „Sparpläne“ für zusätzliche Belastungen der arbeitenden Bevölkerung. Nicht daß wir etwas gegen Sparen hätten, doch wer sich sozial nennt, darf nicht beim „kleinen Mann“ anfangen. Bei Subventionierungen der Großindustrie hat sich viel Wildwuchs gebildet, der beschnitten werden sollte und der haushaltsmäßig zur Kasse schlägt.

Ausgerechnet so wichtige Aufgaben wie z.B. die Förderung des sozialen Wohnungsbaus, die Unterstützung des öffentlichen Nahverkehrs und der Ausbau des Bildungswesens sollen dem Rotstift zum Opfer fallen. Gleichzeitig will man die Steuer für Benzin erhöhen. Daß umgekehrt im Verteidigungshaushalt Abstriche geplant sind, ist nicht bekannt.

Die sozialen Ausgaben dürfen nicht beschnitten werden, zusätzliche Programme sind notwendig, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, die Lohnerhöhungen müssen die Kaufkraft erhöhen, um Arbeitsplätze zu sichern. Die Gewerkschaften haben sich auf eine schärfere Gangart einzustellen.

Rudolf Dötsch



Jetzt mit Löwenthal

Die Befürworter des Baus der Startbahn 18 – West auf dem Frankfurter Flughafen haben einen neuen Freund gefunden: das Löwenthal-Magazin. Am 3. Dezember hat es sich vehement für den „sofortigen, unbedingten und dringenden“ Startbahnbau eingesetzt.

In der ZDF-Sendung marschierten altbekannte Befürworter der Startbahn auf: der hessische SPD-Ministerpräsident Börner, der FDP-Wirtschaftsminister Karry, der Sprecher des Vorstands der Flughafen AG, der Chef der Lufthansa, sowie Moderator Schenk, ein gelehriger Schüler Löwenthals.

Den demokratischen Bürgerprotest drängten sie in die Nähe der Verfassungswidrigkeit, der „demokratische Abläufe in Frage stelle. Vertreter von Bürgerinitiativen, Fachleute, Wissenschaftler blieben beim Löwenthal-Magazin draußen vor der Tür.

Da drängt sich die Frage auf: Was steckt denn hinter den Plänen, eine dritte Startbahn auf Rhein-Main zu bauen, wenn sich jetzt auch das Löwenthal-Magazin so engagiert dafür einsetzt und die Bedenken und Sorgen der betroffenen Bürger nieder macht?

Das ZDF-Magazin wird bekanntlich von einem kalten Krieger und bedingungslosen USA-Gefolgsmann geleitet, einem Intimfreund von Franz Josef Strauß, einem Befürworter der wahnsinnigen Hochrüstung, einem eingeschworenen Feind der Gewerkschaften, der Arbeiter und Angestellten.

Wenn das Löwenthal-Magazin den Bau der dritten Startbahn fordert, dann kann es sich dabei nicht um ein Projekt handeln, das im Interesse der Arbeiter und Angestellten, der Bürger, des zivilen Luftverkehrs notwendig

ist. Bislang haben die Belange der arbeitenden Menschen im Löwenthal-Magazin niemals eine Rolle gespielt. Das Credo der Magazinmacher heißt: Hochrüstung, NATO-Atomraketen, USA-Hörigkeit, heißt bedingungslose Unterstützung der amerikanischen Weltherrschaftspolitik.

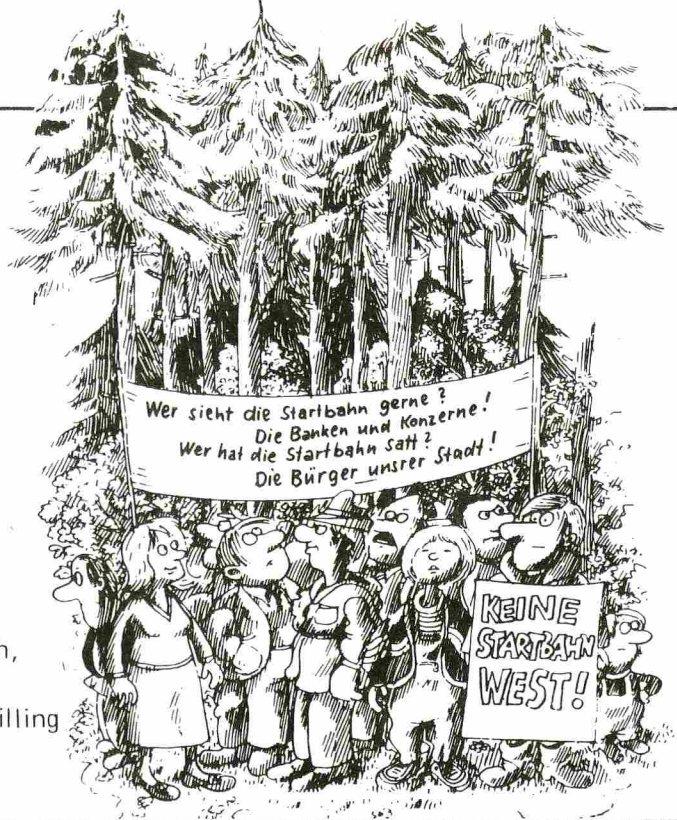
Und so bleibt festzustellen: Das Engagement der kalten Krieger aus Mainz bestätigt, daß es für die geplante Startbahn West militärische Hintergründe gibt, amerikanische Forderungen, die von Bonn und Wiesbaden geflissentlich verschwiegen werden.

Unser Wunsch für 1981:

Frieden, Gesundheit und keine Startbahn/West

Außerparlamentarische Fraktion der
DKP Mörfelden-Walldorf

Rudi Hechler, Heinz Hechler, Rudolf Dötsch,
Herbert J. Oswald, Jörg Cezanne, Waltraud
Träger, Gerd Schulmeyer und Wolfgang Schilling



Mörfelden gestern

Eine stolze Gruppe Mörfelder Handwerker, darunter Spengler und Installateure, sowie Kanalarbeiter und zwei Buben, die sicher ihrem Vater das Essen brachten. Es wurde uns gesagt, daß damals in Mönchbruch die Wasserleitung verlegt wurde. Wann dieses Bild entstand, war nicht mehr nachzuvollziehen, aber so etwa 60 – 70 Jahre dürfte es alt sein. Vielleicht kann uns ein „blickpunkt“-Leser näheres darüber berichten.